

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 8. Juli 2016

Marode Banken nicht nur in Italien - Gold sichert Ihr Vermögen

- **Mario Draghi vernichtet Wohlstand**
- **Die nächste großangelegte Bankenrettung bahnt sich an**
- **In diesen prekären Zeiten ist Gold ein sicherer Hafen**
- **Werden Sie aktiv und verdienen Sie an der Edelmetallhausse**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Wenn der Gesetzgeber nicht weiß, welche Kosten er verursacht**

Vetternwirtschaft statt Marktwirtschaft

Liebe Leser,

das gesamte europäische Bankensystem ist marode. Darauf habe ich Sie in der Vergangenheit immer wieder hingewiesen. Im Sommer 2008, also kurz vor der heißen Phase der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise, habe ich den Lesern meines Börsenbriefes sogar die dringende Empfehlung gegeben, ihre von Bankenpleiten bedrohten Tages- und Termingelder in Sicherheit zu bringen. Konkret habe ich seinerzeit ein Umschichten in die damals gerade neu aufgelegte Tagesanleihe des Bundes empfohlen, die inzwischen leider wieder abgeschafft wurde.

Dieser (relativ) sichere Hafen steht Ihnen als Zuflucht in schwierigen Zeiten also nicht mehr zur Verfügung. Dabei wäre er heute nicht weniger wichtig als im Sommer 2008. Damals gelang es nur mit gewaltigen staatlichen Rettungsprogrammen und umfangreichen Staatsgarantien, die extrem hoch gehebelten Großbanken vor der Pleite zu bewahren, die sie sich durch gigantische Fehlspekulationen eigentlich redlich verdient hatten. Aber wer mächtige Freunde in der Politik hat, muss im Unterschied zu Ihnen und mir für seine Fehler eben nicht mehr geradestehen. Stattdessen wird auf Kosten des Steuerzahlers dafür gesorgt, dass er fröhlich so weitermachen kann wie bisher. Vetternwirtschaft statt Marktwirtschaft heißt hier die Parole.

Mario Draghi vernichtet Wohlstand

Inzwischen sind rund acht Jahre vergangen, in denen sich vieles verändert, aber kaum etwas verbessert hat. So ist der europäische Großbankensektor heute in einer ähnlich prekären Situation wie vor acht Jahren. Denn weder der Gesetzgeber noch die Aufsichtsbehörden inklusive der Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich für eine Sanierung des maroden Bankensystems eingesetzt. Ganz im Gegenteil haben alle Beteiligten alles dafür getan, den Fortbestand der Zombie-Banken zu sichern: „Whatever it takes“ (was immer es auch kosten mag) lautete das vollmundige Versprechen von EZB-Präsident Mario Draghi im Jahr 2012 als das Finanzsystem schon wieder auf der Kippe stand. Der Öffentlichkeit wurde diese Bankenrettung, bei der es vor allem um französische und italienische Institute ging, allerdings als Rettung Griechenlands verkauft.

Dabei setzte sich Draghi in seiner gewohnt dreisten Art sogar über das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank hinweg. Da auch die deutschen Verfassungsrichter nicht den Mumm hatten, diesen eindeutig illegalen und ökonomisch fatalen Machenschaften Einhalt zu gebieten, gibt es inzwischen wohl niemanden mehr, der die Herren der Gelddruckmaschine auf ihrem Weg der Wohlstandsvernichtung und Umverteilung aufhalten könnte.

Deshalb sollten Sie sich als Anleger unbedingt vor den finanziellen Folgen dieser Politik schützen, die ich immer wieder als das größte geldpolitische Experiment aller Zeiten bezeichnet habe. Ein Happyend kann dieses Experiment nicht haben, da es gegen jede ökonomische Vernunft verstößt. Sorgen Sie vor.

In meinem Börsenbrief Krisensicher Investieren helfe ich Ihnen dabei mit erfolgreichen Anlagekonzepten und konkreten Kaufempfehlungen. In der aktuellen Juli-Ausgabe finden Sie neben zahlreichen Edelmetall- und Shortempfehlungen 3 weitere Investments, die Sie und Ihr Vermögen vor den Missetaten des Herrn Draghi schützen.

Die nächste großangelegte Bankenrettung bahnt sich an

Jetzt hat sich vor allem die Lage der italienischen Banken erneut deutlich zugespitzt. Die faulen Kredite des italienischen Bankensystems belaufen sich derzeit wohl auf mindestens 400 Mrd. Euro. Auf ganz Europa bezogen ist diese gigantische Summe aber lediglich die Spitze des Eisbergs. Massive Wertberichtigungen, die europaweit schon in den vergangenen Jahren hätten stattfinden müssen, wurden fahrlässig unterlassen. Jetzt ist wahrscheinlich der Punkt gekommen, an dem die aufgelaufenen Verluste aus leichtfertig vergebenen Krediten nicht länger vertuscht werden können.

Die Dimension dieser Verluste ist erneut so groß, dass das gesamte Großbankensystem gefährdet ist. Die heftigen Kurseinbrüche der Bankaktien, allen voran des einstigen Branchenprimus und Derivate-Kolosses Deutsche Bank, sprechen eine deutliche Sprache.

Nun haben aber weder unsere Politiker noch die Zentralbankbürokraten die Größe, das Scheitern ihrer Politik einzugestehen. Deshalb halten sie eisern fest an ihrem offensichtlich falschen, ja absurden Versuch, das Problem der Überschuldung durch noch mehr Schulden und Gelddrucken lösen zu wollen. Ich gehe davon aus, dass die Antwort auf die sich gerade wieder zuspitzende europäische Bankenkrise in noch mehr geldpolitischem Irrsinn bestehen wird.

In diesen prekären Zeiten ist Gold ein sicherer Hafen

Die meisten Aktienmärkte, darunter auch der DAX, befinden sich bereits in Bärenmärkten. Die extreme fundamentale Überbewertung der Weltleitbörsen der USA deutet darauf hin, dass sich diese Baisse noch in einem frühen Stadium befindet. Deshalb sollten Sie sich auf weitere erhebliche Kursrückgänge einstellen.

Beim DAX sieht es im Moment so aus, als würde die nächste große Abwärtswelle bald beginnen. Der Chart zeigt eine mächtige Topformation, und die Kurse nähern sich gerade der Untergrenze dieser Formation, die bei rund 8.900 Punkten verläuft, also nur 5% unter dem aktuellen Kursniveau. Der Bruch dieser Marke wird nicht nur eine Beschleunigung der Kursrückgänge

einläuten, sondern auch den Beginn der nächsten heißen Phase der seit Jahren schwelenden Banken- und Wirtschaftskrise signalisieren.

DAX im Abwärtstrend: DAX, Momentum-Oszillator, 2013 bis 2016



Der Ausbruch unter die charttechnisch extrem wichtige Marke von rund 8.900 Punkten bahnt sich an und signalisiert die nächste Abwärtswelle.

Quelle: StockCharts.com

Ganz anders präsentiert sich demgegenüber der Edelmetallsektor. Er befindet sich nämlich in der Frühphase einer großen Hausse, die sich bisher geradezu lehrbuchartig entwickelt hat. Kein Wunder, denn Gold und Silber sind in Zeiten hoffnungslos überschuldeter Staaten und geldpolitischen Irrsinns, der sogar vor negativen Zinsen nicht Halt macht, ein sicherer Hafen, in dem Sie zumindest mit einem Teil Ihres Vermögens Zuflucht suchen sollten.

Werden sie aktiv und verdienen Sie an der Edelmetallhausse

Der Schutz Ihres Vermögens ist allerdings nur ein Aspekt der Edelmetallhausse, wenn auch ein sehr wichtiger. Ein zweiter Aspekt sind die höchst attraktiven Chancen auf große Kursgewinne, die sich Ihnen bei den Gold- und Silberminenaktien bieten. Diese Chancen sollten Sie unbedingt zum Vermögensaufbau nutzen.

Obwohl sich viele der von mir empfohlenen Edelmetallaktien bereits mehr als verdoppelt haben, deutet weiterhin alles darauf hin, dass sich diese Hausse noch in der Frühphase befindet. Hier locken also noch erheblich höhere Kursgewinne.

Wenn Sie noch nicht engagiert sein sollten, rate ich Ihnen, spätestens die nächste Korrektur zum Einstieg zu nutzen. Mit meinem Gold-Preisbänder-Indikator stelle ich den Lesern meines

Börsenbriefes Krisensicher Investieren ein kluges Timing-Instrument zur Verfügung, dessen Kaufsignale in den Haussejahren 2001 bis 2011 hervorragende Ergebnisse geliefert haben. Verpassen Sie diese Signale nicht. [Testen Sie noch heute meinen Börsenbrief Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos.](#)

Ich wünsche Ihnen ein fröhliches Wochenende. Bis nächsten Freitag,

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Die Welt ist auch in diesen Zeiten voller attraktiver Chancen. Nutzen Sie sie.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (08.07.2016)

Wenn der Gesetzgeber nicht weiß, welche Kosten er verursacht

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

die Gesetzgebungsmaschine in unserem Land läuft seit Jahren auf Hochtouren. Allerdings hat sich in der Wirtschaft und in der Bevölkerung ein beträchtlicher Unmut über diese Gesetzesflut aufgebaut. Die Politik hat hierauf reagiert und die Regierungen des Bundes und der Länder verpflichtet, sich bei der Erarbeitung von Gesetzen intensiver als bisher mit den Auswirkungen der geplanten Regelungen auseinanderzusetzen. Das ist zu begrüßen und sollte noch ausgebaut werden.

Von besonderer Bedeutung sind die finanziellen Folgen von Gesetzen. Dementsprechend muss die Bundesregierung allen Gesetzentwürfen einen Überblick über die Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und die Finanzplanung beifügen. Für die Landesregierungen gelten entsprechende Bestimmungen. Außerdem soll angegeben werden, auf welche Weise ein Ausgleich für zu erwartende Mehrausgaben gefunden werden kann.

Weiterhin sind die Lasten aufzuführen, welche den anderen Ebenen des Staates entstehen, und schließlich sind auch die Kosten darzustellen, die auf die Wirtschaft und die Bürger durch neue Vorschriften zukommen. Hinter diesen Vorgaben für die Exekutive steht die korrekte Erkenntnis, dass die Parlamente ohne Kenntnis der Folgekosten nicht verantwortungsvoll über einen Gesetzentwurf entscheiden können. Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen soll die Transparenz im Rechtsetzungsverfahren verbessern und für einen vernünftigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Steuergeldern sorgen.

Die Gesetzesproduktion eines Bundeslandes wurde untersucht

Wie werden diese Regelungen praktiziert, welchen Stellenwert haben sie bei der Gesetzesvorbereitung? In einem großen Bundesland fand vor einiger Zeit eine breit angelegte Untersuchung statt, welche genau diesen Fragen nachging. Es wurde untersucht, ob die Exekutive bei der Gesetzesvorbereitung die finanziellen Auswirkungen umfassend ermittelt und dargelegt hat. In dem betreffenden Bundesland hatte der Landtag von Januar 2011 bis März 2015 insgesamt 104 Gesetze verabschiedet (ohne Gesetze zum Haushaltsplan und Nachträge hierzu). In der genannten Untersuchung wurden die Kostenschätzungen von verschiedenen Gesetzesvorhaben näher unter die Lupe genommen.

Die Kosten konnten angeblich nicht beziffert werden

Es zeigte sich, dass die zuständigen Ministerien sich bei der Gesetzesvorbereitung vielfach nicht näher mit den Kosten der geplanten Regelungen auseinandergesetzt hatten. Beispielsweise heißt es in der Begründung zu einem Gesetz, das allen Beschäftigten in dem betreffenden Bundesland einen Anspruch auf Freistellung für Weiterbildungsmaßnahmen gibt, dass dem Land und den

Kommunen als Arbeitgeber ein zusätzlicher personeller Aufwand entstehen werde. Die Höhe dieser Belastungen könne jedoch nicht beziffert werden, da sie vom Antragsverhalten der Berechtigten abhängig sei.

Diese Begründung war unzureichend, weil aus anderen Bundesländern statistische Daten zur Inanspruchnahme von Weiterbildungszeiten vorlagen, die eine Kostenschätzung zuließen. Hier hätten die gesetzesvorbereitenden Ministerien sich mehr Mühe geben und dem Landtag eine Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellen müssen.

Zu erwartende Mehraufwände wurden nicht mitgeteilt

Bei einem Gesetz, durch welches zusätzliche Behördenmitarbeiter für Tätigkeiten in den Personalvertretungen freigestellt werden sollten, wurde hinsichtlich des zu erwartenden Mehraufwandes ausgeführt, dass die Dienststellen der Landesverwaltung einen etwa entstehenden Mehraufwand mit den vorhandenen personellen und sächlichen Mitteln zu tragen hätten. Das mag in reinen Verwaltungsbehörden möglich sein, in personalintensiven Bereichen wie Bildung und Polizei können Mehrwände jedoch nicht an anderer Stelle aufgefangen werden. Die für die Personalratsarbeit freigestellten Beschäftigten müssen ersetzt werden, um eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Die Ausführungen der Exekutive hätten erkennen lassen müssen, dass hier beträchtliche Mehraufwendungen zu erwarten waren.

Kostenschätzungen werden von der Politik nicht vermisst

Die Ergebnisse der Überprüfung lassen eine Tendenz der verantwortlichen Ministerien erkennen, sich bei der Kostenschätzung nicht allzu viel Arbeit zu machen oder auch Kostenblöcke unter den Tisch fallen zu lassen. Die fehlende Auseinandersetzung mit den finanziellen Folgen von Gesetzesvorhaben ist dem hohen Arbeitsaufwand für die zu fertigenden Unterlagen geschuldet, ferner der Eilbedürftigkeit vieler Gesetzgebungsverfahren. Auch rechtfertigen sich die zuständigen Ministerien häufig damit, es habe einen eindeutigen politischen Auftrag für die Regelung gegeben, da seien Kostenermittlungen überflüssig.

Von Seiten der Politik werden unzureichende Angaben zu den finanziellen Folgen von Gesetzesvorhaben übrigens nicht vermisst. Entsprechende Nachfragen im Gesetzgebungsprozess kommen kaum vor.

Politische Vorstellungen setzen sich gegen Sachargumente durch

Zweifellos besteht ein erhebliches Verbesserungspotential bei der Ermittlung der Folgekosten von Gesetzen. Die entsprechenden Vorgaben müssen viel konkreter und zwingender ausgestaltet werden, um den Gesetzgebungsprozess transparent zu machen. Dadurch kann die Qualität des Gesetzgebungsprozesses deutlich verbessert werden, jedenfalls bei weniger bedeutsamen Vorhaben.

Politisch gewollte Gesetze, mit denen Handlungsfähigkeit bewiesen oder eine bestimmte Klientel bedient werden sollen, werden auch in Zukunft ohne große Auseinandersetzung mit den zu erwartenden Folgekosten verabschiedet werden. Solange politische Vorstellungen gegen Sachargumente immer wieder durchgesetzt werden, ist eine durchgängig vernünftige

Gesetzgebung hierzulande nicht zu erwarten. So sieht es, liebe Leserinnen und Leser, voll Bedauern

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).